

**Ständige Konferenz
der Innenminister und –senatoren der Länder
- Der Vorsitzende –
Senator Ulrich Mäurer
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen**

Essen, 22. Juli 2009

RÜCKFÜHRUNG VON ROMA IN DIE REPUBLIK KOSOVO

Sehr geehrter Herr Mäurer,

die Zwangsrückführungen von Angehörigen der Ethnie der Roma in das Kosovo sind nicht hinnehmbar. Mit Verwunderung nahmen wir daher die Unterzeichnung des Rücknahme-übereinkommens zwischen der Republik Kosovo und Deutschland am 06. Juli 2009 sowie die Rücknahme von Abschiebestopps durch einzelne Bundesländer in den vergangenen Monaten wahr.

Die Lebenslage der Minderheit der Roma im Kosovo ist erwiesenermaßen immer noch prekär und ihre Sicherheit immer noch gefährdet. So stellt der jüngste Bericht von „Human Rights Watch“ vom 24. Juni 2009 fest, dass Unterkunft und medizinische Versorgung der seit nun zehn Jahren in Mitrovica untergebrachten Roma unter allen zumutbaren Lebensstandards liegt. Die Verantwortung für die Betreuung dieser Lager hat zwar seit 2008 die kosovarische Regierung übernommen, jedoch bis jetzt noch nichts an den misslichen Umständen geändert. Wodurch ist gewährleistet, dass die rückkehrenden Roma nun auch wirklich besser behandelt werden?

Ferner weisen wir auf das spannungsvolle Verhältnis zwischen der überwiegend von Albanern dominierten kosovarischen Regierung und den von Serben verwalteten Gebieten hin. Unter dieser Voraussetzung ist der Schutz der Roma-Minderheit alles andere als sicher. Der Ausbruch der ethnisch motivierten Gewalt gegen diese Minderheit im Anschluss an den Kosovokrieg 1999 darf nicht in Vergessenheit geraten.

Wir, der Bundesverband der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ), fordern Sie aufgrund unserer eigenen Erfahrungen mit Roma-Jugendlichen auf, die Abschiebungen in das Kosovo zu stoppen. Ehrenamtlich tätige Jugendliche und junge Erwachsene unseres Verbandes arbeiten – besonders in Münster – seit einigen Jahren eng mit Roma-Jugendlichen zusammen. Dabei machen wir die Erfahrung, dass insbesondere Roma-Jugendliche, die hier geboren sind, Deutschland mit Recht als ihre Heimat sehen. Sie engagieren sich aktiv in unserem Verband, um ihre und die Interessen anderer Jugendlicher in der Gesellschaft zu vertreten und somit unsere Gesellschaft mit zu gestalten. Zu Kosovo haben sie keinen Bezug mehr und sind teilweise der Landessprache nicht mächtig. Zugleich stellen wir fest, wie die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen der Länder eine enorme Hürde für ihre gesellschaftliche Integration darstellen. Aufgrund des Duldungsstatus haben sie oft jahrelang keinen Zugang zu Bildung/Ausbildung

sowie zum Arbeitsmarkt – und das heißt in unserer Erwerbsgesellschaft: Systematisch von der aktiven Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein.

Hinzu kommt, dass sie ständig in Angst, Furcht und Unsicherheit leben müssen, jederzeit abgeschoben zu werden.

Aus diesen Gründen und nicht zuletzt aus der besonderen geschichtlichen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Volksgruppe der Roma fordern wir die Bundesregierung dazu auf,

- die Abschiebungen von Roma in den Kosovo umgehend zu stoppen.
- Angehörigen der Ethnie der Roma, die bereits langjährig in Deutschland sind, ein Bleiberecht zu gewähren, um eine rechtliche Grundlage und Sicherheit zu ihrer Integration zu schaffen.
- Maßnahmen zur sozialen und gesellschaftlichen Integration der Roma zu fördern. Dazu zählen vor allem der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zwar nicht erst nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesvorstand der CAJ

Eva-Constanze Selk
Bundesvorsitzende

Alexander Franz,
Bundesvorsitzender